
DeZIM Data.insights +

#14 Berlin, September 2024

Ablehnung, Angst und Abwanderungspläne

Die gesellschaftlichen Folgen des Aufstiegs der AfD



Sabrina Zajak, Fabio Best, Gert Pickel, Matthias Quent, Friederike Römer, Elias Steinhilper und Andreas Zick

ABLEHNUNG, ANGST UND ABWANDERUNGSPLÄNE

Die gesellschaftlichen Folgen des Aufstiegs der AfD

Sabrina Zajak, Fabio Best, Gert Pickel, Matthias Quent, Friederike Römer, Elias Steinhilper und Andreas Zick

ZUSAMMENFASSUNG

Das vorliegende DeZIM Data.insight erfasst erstmals, wie die Bevölkerung in Deutschland die Politikpläne der Partei Alternative für Deutschland (AfD) beurteilt. Dafür wurden im März 2024 deutschlandweit Menschen zu ihrer Wahrnehmung und Akzeptanz der AfD befragt. Der Beitrag dokumentiert: Die Mehrheit der Befragten sieht die AfD als demokratiefeindlich und rassistisch an. Besonders die Pläne zur sogenannten Remigration – der massenhaften Ausweisung von Menschen – wecken Angst in breiten Teilen der Bevölkerung. Menschen mit und ohne Migrationshintergrund denken darüber nach, innerhalb Deutschlands oder ins Ausland um- bzw. wegzuziehen. Die Befunde verdeutlichen die tiefgreifenden negativen Auswirkungen des Aufstiegs der AfD, die sich im Zuge der kommenden Wahlen auf Landes- und Bundesebene weiter verschärfen könnten.

ZENTRALE ERGEBNISSE

- Die Umfrage zeigt, dass eine klare Mehrheit die AfD als demokratiefeindlich (72,4 %), rassistisch (80,0 %) und extremistisch (76,9 %) einstuft. Rund 71 % der Befragten sehen sie nicht als eine Partei „wie jede andere“ (70,8 %). Diese Einschätzungen sind weitgehend unabhängig von Faktoren wie Herkunft oder politischer Einstellung und unterscheiden sich kaum zwischen Ost- und Westdeutschen, Personen mit und ohne Migrationshintergrund oder Personen, die eher linken oder rechten Parteien nahestehen. Einzig AfD-Anhänger*innen bewerteten ihre Partei selten als demokratiefeindlich (3,3 %), rassistisch (5,2 %) oder extremistisch (3,9 %). Auch betrachten lediglich 4,1 % ihrer Befürworter*innen die AfD als „keine Partei wie jede andere“.
- Die meisten Befragten (84,9 %) lehnen die „Remigrations“-Pläne der AfD ab. Sogar knapp drei von zehn AfD-Anhänger*innen (28,9 %) stehen diesen Plänen kritisch gegenüber. Viele Menschen, besonders mit Migrationshintergrund, äußern Angst vor diesen Plänen (58,5 %).
- Die Sorge vor der AfD-Politik zeigt sich auch in Überlegungen abzuwandern: Fast jede zehnte Person mit Migrationshintergrund (9,3 %) überlegt in Anbetracht der AfD-Erfolge ernsthaft, Deutschland zu verlassen. Besonders betroffen sind Menschen mit Herkünften aus der MENA-Region (18,9 %) und europäischen Ländern außerhalb der EU (12,9 %).
- Sollte die AfD in einem Bundesland an die Macht kommen, sind noch stärkere Abwanderungsbewegungen zu erwarten: 12,5 % der Befragten mit Migrationshintergrund planen, in ein anderes Bundesland zu ziehen, wobei Menschen mit Herkünften aus der MENA-Region (24,1 %) und aus europäischen Nicht-EU-Staaten (15,3 %) dies besonders häufig in Erwägung ziehen.

Einleitung

Die Erfolge der AfD bei den Wahlen zum Europaparlament und den Kommunalwahlen in Deutschland markieren einen bedeutsamen Wendepunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Bei den Kommunalwahlen in acht Bundesländern erzielte die AfD teils erhebliche Gewinne und wurde in einigen Regionen sogar zur stärksten politischen Kraft, insbesondere in Teilen von Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. In den Medien ist von einem „politischen Erdbeben“ und „tektonischen Verschiebungen“ die Rede, deren langfristige Auswirkungen noch nicht absehbar sind (SWR, 9. Juni 2024).¹

Es wird befürchtet, dass diese Wahlergebnisse zur weiteren „Normalisierung“ der AfD führen könnten, wodurch extreme Positionen von der Mitte der Gesellschaft zunehmend akzeptiert werden (Biskamp 2024; Weisskircher 2024; Zick, Küpper & Mokros 2023). Andere warnen vor den möglichen negativen psychosozialen, ökonomischen und sozialstaatlichen Folgen, sollten sich AfD-Politiken durchsetzen. Beispielsweise könnte eine noch restriktivere Migrationspolitik den Fachkräftemangel verschärfen und ausländische Investoren abschrecken. Grundsätzlich stellen viele Positionen der AfD einen Angriff auf die Grundwerte der pluralen liberalen Demokratie dar, in der alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung ohne Angst leben können.

Dieses DeZIM Data.insight greift diese Überlegungen auf und untersucht sie empirisch. Der Fokus liegt dabei auf drei Aspekten:

- a) Ablehnung: Wird die AfD als „normale“ Partei wahrgenommen?
- b) Angst: Wie werden die Positionen der AfD, insbesondere ihre Pläne zur massenhaften Zwangsumsiedlung („Remigration“) von Menschen mit Migrationshintergrund, bewertet?
- c) Abwanderung: Planen Menschen aufgrund des AfD-Aufstiegs, das Land zu verlassen?

Ergebnisse²

Ablehnung: Die AfD ist keine „normale“ Partei

In der Forschung wird die AfD oft als rechtspopulistisch (Heinze & Lewandowsky 2024) oder als extremistisch, demokratiefeindlich, rassistisch, klimafeindlich und LGBTQIA-feindlich beschrieben (Decker & Brähler 2020; Pickel et al. 2023). Ihre jüngsten Wahlerfolge wurden jedoch wiederholt als Zeichen dafür gewertet, dass rechte Ideologien in der Bevölkerung zunehmend normalisiert werden (Quent & Virchow 2024; Sponholz et al. i.E.). Bisher ist jedoch empirisch kaum direkt untersucht worden, wie die Gesamtbevölkerung die AfD tatsächlich einschätzt.

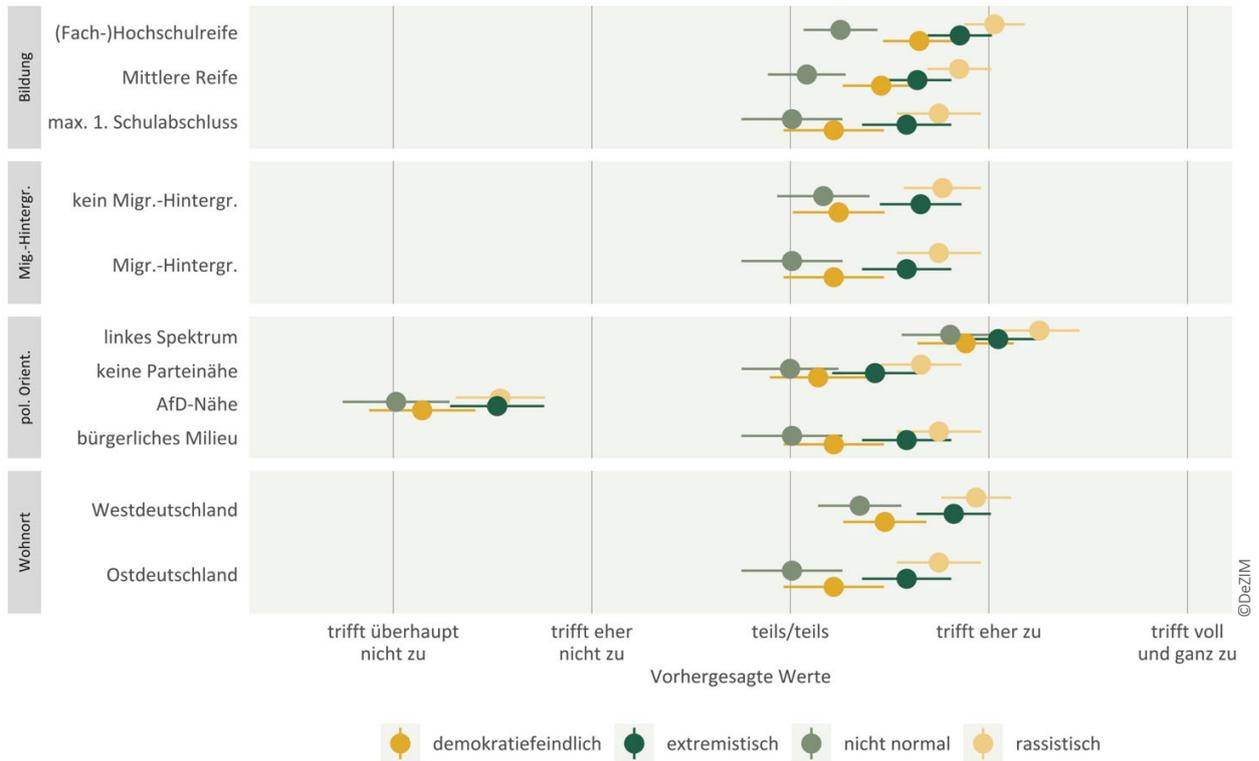
Für diese Kurzstudie wurden Daten aus einer repräsentativen Befragung der deutschen Bevölkerung ausgewertet, die auch spezifische Meinungen von Menschen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen erfasst.

¹ <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/europawahl/meinung-europawahl-politisches-erdbeben-100.html>.

² Bei den folgenden Grafiken handelt es sich um sogenannte Koeffizientenplots, die die vorhergesagten Werte aus linearen Regressionsmodellen darstellen. Die Modelle berücksichtigen zusätzlich zu den im Bericht erwähnten Faktoren auch Geschlecht und Alter.

Eine solche Analyse ist besonders wichtig, da diese Gruppen von den politischen Zielen der AfD besonders betroffen wären. In der Befragung sollten die Teilnehmer*innen die AfD anhand von Gegensatzpaaren bewerten, zum Beispiel „demokratiefreundlich“ versus „demokratiefeindlich“ oder „rassistisch“ versus „antirassistisch“. Außerdem wurde erfragt, ob die AfD als „eine Partei wie jede andere auch“ wahrgenommen wird. **Abbildung 1** fasst die Ergebnisse zusammen.

Abbildung 1. Wie die Bevölkerung in Deutschland die AfD einschätzt



Anmerkung: Der Koeffizientenplot stellt die vorhergesagten Werte aus fünf linearen Regressionen dar. Die Modelle kontrollieren neben den in diesem Bericht erwähnten Größen zusätzlich für Geschlecht und Alter. Zusätzlich zu den vorhergesagten Werten wird das 95%-Konfidenzintervall angezeigt; die Ergebnisse sind gewichtet. N = 1.820–2.049. **Quelle:** DeZIM.panel / eigene Befragung.

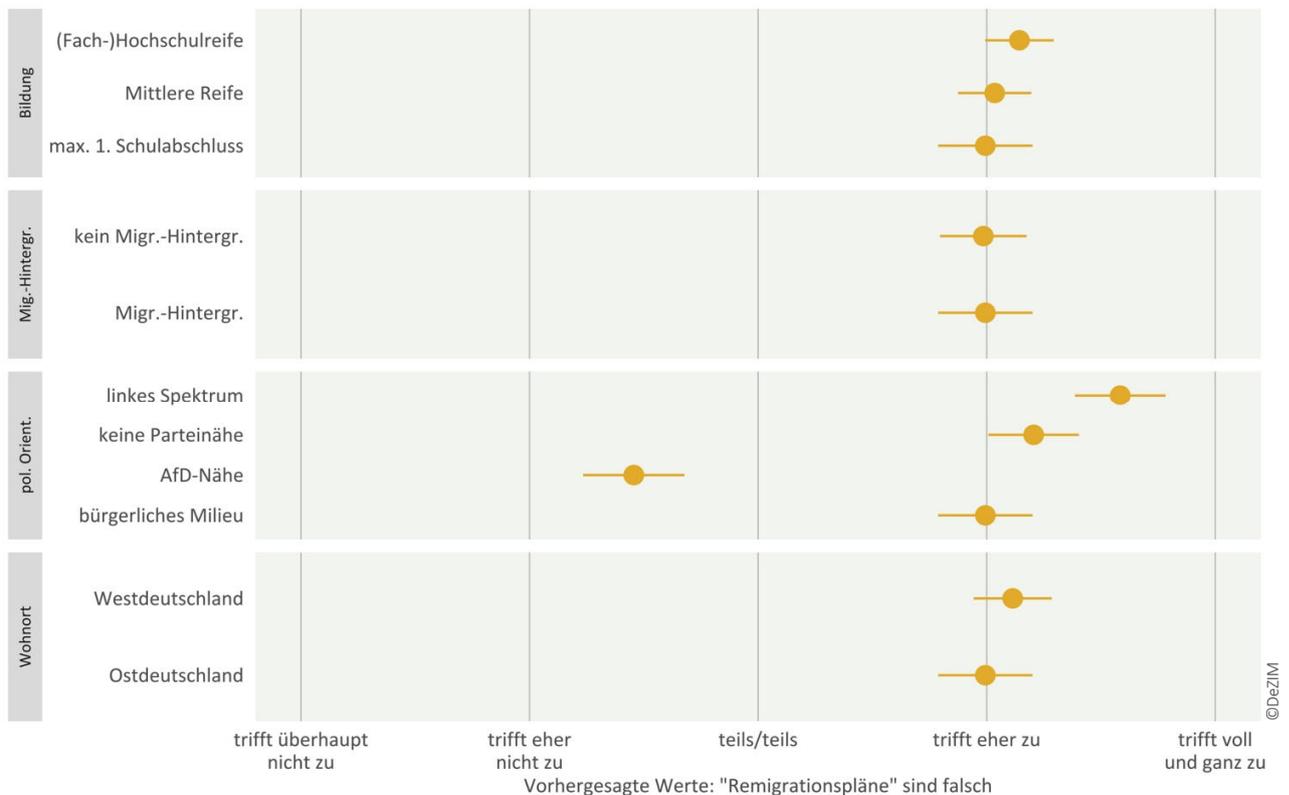
Die meisten Befragten sehen die AfD als rassistisch, demokratiefeindlich, extremistisch und LGBTQIA-feindlich an. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob die Befragten einen Migrationshintergrund haben oder nicht, ob sie arm oder reich sind, welches Geschlecht sie haben oder ob sie in Ost- oder Westdeutschland leben. Nur Menschen, die selbst die AfD wählen würden, sehen die Partei nicht als antidemokratisch an.

Angst: Die „Remigrations“-Pläne der AfD werden abgelehnt und schüren Angst

Im November 2023 trafen sich führende Vertreter*innen der AfD sowie der neu-rechten und rechtsextremen Szene in einer Villa in Potsdam. Bei diesem Treffen wurden Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland diskutiert, was von der neuen Rechten euphemistisch als „Remigration“ bezeichnet wird (Kellershohn 2024).

Abbildung 2 zeigt, wie viele Befragte der Aussage „Die Pläne, massenhaft Menschen zu remigrieren, sind falsch“ zustimmen. Fast alle lehnen die Vertreibungspläne ab, unabhängig von ihrem Migrationshintergrund, Wohnort oder Bildungsniveau. Dabei lehnen Menschen mit höherem Bildungsniveau die Aussage stärker ab als Personen mit niedriger Bildung. Interessanterweise unterstützen selbst AfD-Anhänger*innen diese antidemokratischen „Remigrations“-Pläne nicht uneingeschränkt.

Abbildung 2. Wie die Bevölkerung in Deutschland die „Remigrations“-Pläne einschätzt



Anmerkung: Der Koeffizientenplot stellt die vorhergesagten Werte aus einer linearen Regression dar. Das Modell kontrolliert neben den in diesem Bericht erwähnten Größen zusätzlich für Geschlecht und Alter. Zusätzlich zu den vorhergesagten Werten wird das 95%-Konfidenzintervall angezeigt; die Ergebnisse sind gewichtet. N = 1.951. **Quelle:** DeZIM.panel / eigene Befragung.

Die Teilnehmenden wurden zudem gefragt, ob sie sich durch die „Remigrations“-Debatte bedroht fühlen. Konkret sollten sie angeben, ob die Aussage „Das Reden über Remigration macht mir Angst“ auf sie zutrifft. **Tabelle 1** zeigt, wie viele Befragte dieser Aussage zustimmen („macht mir eher oder große Angst“), aufgeschlüsselt nach Migrationshintergrund und Herkunftsregion (eigene Herkunft oder die der Eltern).

Die Ergebnisse zeigen, dass bei fast 60 % aller Befragten – unabhängig von ihrer Herkunftsregion – die Debatte um „Remigration“ Angst auslöst. Besonders stark ist die Angst bei Menschen mit Wurzeln in der überwiegend muslimisch geprägten MENA-Region (z.B. in Ländern wie Afghanistan, Libanon, Marokko, Pakistan, Syrien oder Türkei etc.). Diese Gruppe fühlt sich am stärksten bedroht. Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion hingegen empfinden die Debatte als weniger beängstigend. Dies passt zur tendenziell stärkeren Affinität dieser Gruppe zu AfD-Positionen (Spies et al. 2023).³

Tabelle 1. Bei wem „Remigration“ Angst auslöst (nach Herkunftsregion)

Herkunftsregion	„macht mir eher oder große Angst“	„macht mir keine Angst“
MENA	66,3 %	33,7 %
andere Weltregionen	66,2 %	33,8 %
Europa (Nicht-EU-Länder)	60,0 %	40,0 %
Deutschland	57,9 %	42,1 %
EU	55,0 %	45,0 %
Ex-UdSSR	47,8 %	52,2 %

Eine mögliche Erklärung für diese Ängste ist, dass die „Remigrations“-Debatte bei vielen Menschen Erinnerungen an Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen während der NS-Zeit wachruft, was die Furcht vor einer Wiederholung solcher Szenarien verstärkt. Zudem wird die Debatte als Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und als eine Form der Spaltung wahrgenommen, da sie die Existenz, Überzeugungen und Lebensweisen vieler Menschen in Deutschland infrage stellt. Solche Ängste haben nicht nur für die betroffenen Personen negative Auswirkungen, sondern können auch die Gesellschaft insgesamt belasten. Angst vor politischen Maßnahmen kann zu sozialem Rückzug, geringerer Produktivität am Arbeitsplatz, eingeschränkter Kreativität und damit zu weniger gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Innovation führen (Demertzis 2013).⁴ Außerdem können diese Ängste dazu führen, dass Menschen über Abwanderung nachdenken oder sogar konkrete Pläne machen, das Land zu verlassen. Diesem Aspekt haben wir in unserer Untersuchung deshalb besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

³ In der Literatur über das Erstarken der AfD und des Rechtspopulismus wird vielfach hervorgehoben, dass die extreme Rechte eine eskalierende und emotional aufgeladene Sprache nutzt, um Bedrohungswahrnehmungen zu evozieren und so Wähler*innen zu gewinnen (Wodak 2020). Hier geht es jedoch um die negativen Auswirkungen, die das Schüren von Angst konkret auf die Gesellschaft hat.

⁴ Zur Diskussion über Angst durch die „Remigrations“-Debatte siehe auch: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/afd-remigration-100.html>.

Abwanderung: Nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund denken über einen Umzug nach

Der Zusammenhang zwischen den Wahlerfolgen der AfD und Abwanderungsplänen ist bislang wenig erforscht. Daher haben wir die Teilnehmer*innen gefragt, ob sie aufgrund des Aufstiegs der AfD jemals über einen Wohnortwechsel nachgedacht haben. Die Befragten konnten folgenden Aussagen zustimmen oder sie ablehnen:

- „Seit die Partei AfD vermehrt gute Umfragewerte hat, denke ich darüber nach, aus Deutschland auszuwandern.“
- „Sollte die Partei Alternative für Deutschland (AfD) in dem Bundesland, in dem ich derzeit wohne, Teil der Landesregierung werden, denke ich darüber nach, in ein anderes Bundesland auszuwandern.“

Neben diesen hypothetischen Überlegungen haben wir auch nach konkreten Auswanderungsplänen gefragt: „Wie sieht es mit konkreten Plänen des Wohnortwechsels aus?“. Die Ergebnisse für hypothetische und konkrete Abwanderungspläne sind in **Tabelle 2** (Abwanderung ins Ausland) und **Tabelle 3** (Abwanderung in ein anderes Bundesland) zusammengefasst.

Tabelle 2. Abwanderungsgedanken und -pläne ins Ausland (nach Herkunftsregion)

Herkunftsregion	tatsächliche Pläne	hypothetische Gedanken	(eher) keine Gedanken
MENA	18,9 %	27,3 %	53,8 %
Europa (Nicht-EU-Länder)	12,9 %	24,2 %	62,9 %
andere Weltregionen	5,9 %	25,0 %	69,1 %
Ex-UdSSR	3,6 %	9,4 %	87,1 %
EU	1,9 %	16,5 %	81,6 %
Deutschland	1,9 %	11,7 %	86,4 %

In **Tabelle 2** sind die Befragten nicht nur nach Migrationshintergrund, sondern auch nach ihrer Herkunftsregion unterteilt. Fast ein Viertel der Befragten mit Migrationshintergrund denkt über eine Abwanderung nach, sei es hypothetisch oder konkret. Eine Ausnahme bilden Menschen mit Wurzeln in der ehemaligen UdSSR: Rund 87 % dieser Gruppe geben an, keine Auswanderungspläne wegen der AfD-Erfolge zu haben⁵ – ein Wert, der ähnlich hoch ist wie bei Deutschen ohne Migrationshintergrund (86,4 %).

⁵ Die niedrigen Werte könnten auch mit dem russischen Angriffskrieg zusammenhängen, da die Rückkehr in die Ukraine oder nach Russland vor dem Hintergrund der fortdauernden militärischen Auseinandersetzungen und der politischen Repression für viele Menschen keine Option wäre.

Besonders ausgeprägt sind die Abwanderungsgedanken bei Menschen mit Herkünften aus der MENA-Region. In dieser Gruppe planen 27,3 % hypothetisch und 18,9 % konkret, das Land zu verlassen. Vor allem Menschen aus überwiegend arabischen Ländern fühlen sich durch den Aufstieg der AfD bedroht. Auffällig ist zudem, dass auch knapp 12 % der Menschen ohne Migrationshintergrund mit dem Gedanken spielen, auszuwandern. Das zeigt, dass nicht nur die angesprochenen migrantischen Gruppen sich durch die AfD bedroht fühlen.

Stärker wird der Wunsch abzuwandern bei allen Gruppen, wenn gezielt nach einem Umzug in ein anderes Bundesland gefragt wird (Tabelle 3). Dies ist insofern plausibel, als Binnenabwanderung weniger bürokratischen und organisatorischen Aufwand erfordert als Auswanderung ins Ausland. Besonders besorgniserregend ist, dass fast jede*r fünfte Befragte ohne Migrationshintergrund zumindest über einen Wegzug aus seinem*ihrem Bundesland nachdenkt. Diese Tendenz könnte für die betroffenen Regionen schwerwiegende Folgen haben.

Tabelle 3. Abwanderungsgedanken und -pläne in ein anderes Bundesland (nach Herkunftsregion)

Herkunftsregion	tatsächliche Pläne	hypothetische Gedanken	(eher) keine Gedanken
MENA	24,1 %	28,5 %	47,4 %
Europa (Nicht-EU-Länder)	15,3 %	22,0 %	62,7 %
andere Weltregionen	10,3 %	33,8 %	55,9 %
EU	5,0 %	18,3 %	76,7 %
Deutschland	3,4 %	14,6 %	82,0 %
Ex-UdSSR	3,1 %	12,3 %	84,6 %

Die Verteilung der Abwanderungsgedanken bleibt dabei in den verschiedenen Gruppen ähnlich. Menschen ohne Migrationshintergrund und Menschen mit Wurzeln in der ehemaligen UdSSR denken am seltensten über eine Abwanderung nach. Am häufigsten erwägen Menschen mit Wurzeln in der MENA-Region, in europäischen Ländern außerhalb der EU, aber auch in anderen Weltregionen außerhalb Europas, Deutschland zu verlassen.

Diese Daten verdeutlichen, dass Abwanderungsgedanken in bestimmten Bevölkerungsgruppen stark verbreitet sind. Dies könnte weitreichende Folgen haben: Sie reichen von der Schwächung der wirtschaftlichen Entwicklung bis hin zur Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der pluralen Demokratie.

Fazit und Implikationen

Diese Studie untersucht, wie der Aufstieg der AfD in Deutschland wahrgenommen wird und welche Auswirkungen für die Gesellschaft er mit sich bringt. Der Fokus liegt dabei auf den Folgen mit Blick auf Ablehnung, Angst und Abwanderung.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit der Befragten die AfD als demokratiefeindlich und rassistisch einstuft, unabhängig von Herkunft, Parteizugehörigkeit oder Geschlecht. Lediglich AfD-Anhänger*innen nehmen die Partei anders wahr. Diese ablehnende Haltung verdeutlicht, dass die AfD trotz ihrer Wahlerfolge nicht als „normale“ Partei betrachtet wird und die Erfolge daher nicht mit einer breiten ideologischen Unterstützung der AfD in der Bevölkerung gleichzusetzen sind.

Die politischen Pläne der AfD, insbesondere die „Remigration“ von Migrant*innen und Menschen mit Migrationsbiografie, stoßen auf breite Ablehnung und lösen Ängste in der Bevölkerung aus. Auch AfD-Anhänger*innen unterstützen diese extremen Positionen nicht eindeutig. Die Debatte um „Remigration“ weckt besonders bei Menschen mit Wurzeln in muslimisch geprägten Ländern Angst oder verstärkt bereits vorhandene Ängste.

Diese Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die Wahlerfolge der AfD weniger auf einer breiten Akzeptanz ihrer extremen Positionen beruhen. Vielmehr zeigt die Befragung, dass diese radikalen, antipluralistischen bis extremistischen Positionen als nicht „normal“ bewertet werden. Dies hat wichtige Konsequenzen für die politische Strategie und den Umgang mit der AfD und ihren Wähler*innen. So könnte es für bürgerliche Parteien sinnvoller sein, sich klar von der AfD und ihren Positionen abzugrenzen, anstatt restriktive, AfD-nahe politische Inhalte zu übernehmen. Gleichzeitig sollten sie konkrete Lösungen für die Probleme anbieten, die die Menschen bewegen.

Es ist entscheidend, die Ängste derjenigen ernst zu nehmen, die sich durch den Aufstieg der AfD bedroht fühlen und über Abwanderung nachdenken. Die negativen gesellschaftlichen Folgen einer Abwanderung wären verheerend: Die wirtschaftliche Entwicklung würde leiden, wenn Unternehmen Mitarbeitende und Konsument*innen verlieren. Besonders Ostdeutschland, das bereits mit Bevölkerungsrückgang, Überalterung und Fachkräftemangel zu kämpfen hat, würde durch die Abwanderung von Menschen mit Migrationshintergrund noch stärker belastet. Zudem könnte eine solche Abwanderung soziale und kulturelle Dynamiken negativ beeinflussen und Vorurteile gegenüber den verbleibenden Minderheiten verstärken, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter schwächen würde.

Um diese negativen Auswirkungen zu vermeiden, ist es notwendig, prodemokratische Allianzen zu stärken und klare Grenzen gegenüber rechtsextremen Ideologien zu ziehen.

Die Zielpopulation des DeZIM.panels umfasst alle in Deutschland lebenden Personen mit und ohne Migrationsgeschichte, die zwischen den Jahren 1941 und 2004 geboren sind (Dollmann et al. 2023). Die Stichprobe des DeZIM.panels basiert auf einem zweistufig geschichteten Ansatz mit dem Ziel, bestimmte Bevölkerungsgruppen überproportional häufig in der Stichprobe zu berücksichtigen: (1) türkeistämmige Personen, (2) Menschen aus anderen mehrheitlich muslimischen Ländern, (3) Personen aus Staaten mit ehemaligen Gastarbeiterabkommen (außer Türkei) sowie (4) (Spät-)Aussiedler*innen. Alle anderen Personen mit und ohne Migrationsgeschichte wurden für die Stichprobenziehung in einer (5) fünften Kategorie zusammengefasst. Die erste Stichprobenstufe umfasst alle Gemeinden in Deutschland. Hieraus wurden 57 Gemeinden zufällig ausgewählt (proportional zur Gemeindegröße, PPS: „probability proportional to size“), was 60 Stichprobenpunkte ergibt. Einige große Gemeinden wie Berlin umfassten mehr als einen Stichprobenpunkt. Um die Gesichtvalidität der Stichprobe zu gewährleisten, wurden zwei implizite Stratifizierungsmerkmale mit einbezogen, nämlich das Bundesland und die Gemeindegrößenklasse (BIK) der Gemeinden. Nach der Auswahl der relevanten Primärstichprobe wurden die ausgewählten Einwohnermeldeämter der Gemeinden gebeten, Namen und Adressen von zufällig ausgewählten Adressen der Bevölkerung zu übermitteln. In einem zweiten Schritt wurden die Adressen ausgewählt. Da das DeZIM.panel auf die Überrepräsentation der Gruppen 1 bis 4 (s.o.) abzielt, Informationen zur Gruppenzugehörigkeit bei den Einwohnermeldeämtern allerdings nicht verfügbar sind, wurde ein namensbasiertes Verfahren zur Vorklassifikation des Migrationshintergrundes gewählt (Humpert & Schneiderheinze 2000). Anhand des Vor- und Nachnamens wird hierbei festgelegt, aus welchem Land die Personen (höchstwahrscheinlich) stammen. Danach wurden die Personen aus den (vermuteten) Ländergruppen 1 bis 4 überproportional häufig gezogen. In den Analysen werden Designgewichte eingesetzt, um die unterschiedlichen Ziehungswahrscheinlichkeiten der Personen aus den verschiedenen Herkunftsgruppen zu berücksichtigen. Da es sich nur um eine namensbasierte Vorklassifikation handelt, werden alle Personen im Laufe der Umfrage nach ihrer tatsächlichen Migrationsbiografie gefragt. Die in der Analyse ausgewiesenen Gruppenzugehörigkeiten beruhen daher auf den tatsächlichen und nicht den vermuteten Herkunftsländern. Die Analysen dieses Berichts basieren auf der achten Welle des DeZIM.panels und umfassen 3.105 Personen, wobei nicht alle Personen alle Fragen des Fragebogens beantwortet haben. Aus diesem Grund weichen die zur Analyse verfügbaren Fallzahlen ab. Um zu gewährleisten, dass die Befunde statistisch verallgemeinerbar sind, wurden die Daten gewichtet.

DAS DEZIM.PANEL

Um die Komplexität der Gesellschaft in Deutschland besser zu erfassen, wurde 2021 das DeZIM.panel aufgebaut. Dabei handelt es sich um eine repräsentative, längsschnittliche Dauerbefragung, die regelmäßig Einstellungen, aktuelle Stimmungen und Trends in der deutschen Bevölkerung erhebt (Dollmann et al. 2023). Die Teilnehmer*innen werden postalisch eingeladen und setzen sich aus Personen zusammen, die zwischen 1941 und 2004 geboren sind und in Deutschland leben. Das Panel adressiert nicht nur Personen ohne Migrationshintergrund, sondern nimmt auch gezielt Menschen mit Migrationsgeschichte in den Blick. Diese Gruppen sind im DeZIM.panel sogar stärker vertreten, um ausreichend Daten für Vergleiche und Analysen innerhalb dieser Gruppen zu erhalten. Dies macht das DeZIM.panel zu einer einzigartigen Datenerhebung in Deutschland.

LITERATURVERZEICHNIS

- **Biskamp, Floris (2024):** A Societal Shift to the Right or the Political Mobilisation of a Shrinking Minority? Explaining Rise and Radicalisation of the AfD in Germany. *International Journal of Public Policy*, 17(3), S. 139–165.
- **Decker, Oliver; Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020):** Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psychosozial.
- **Demertzis, Nicolas (Hrsg.) (2013):** Emotions in Politics. The Affect Dimension in Political Tension. London: Palgrave Macmillan.
- **Dollmann, Jörg; Mayer, Sabrina J.; Lietz, Almuth; Siegel, Madeleine; Köhler, Jonas (2023):** DeZIM.panel–Data for Germany’s Post-Migrant Society. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 243(1), S. 93–108.
- **Heinze, Anna-Sophie und Lewandowsky, Marcel (2023):** Dealing with Radical Right Parties in Distinct Arenas: Party Responses to the Alternative for Germany in Parliament, Party Competition, and the Media. *German Politics and Society*, 41(4), S. 87–106.
- **Humpert, Andreas; Schneiderheinze, Klaus (2000):** Stichprobenziehung für telefonische Zuwandererumfragen: Einsatzmöglichkeiten der Namenforschung. *ZUMA Nachrichten*, 24(47), S. 36–63.
- **Kellershohn, Helmut (2024):** Von „Umvolkung“ zu „Remigration“. Duisburger Institut für Sprachforschung. <https://www.diss-duisburg.de/2024/01/von-umvolkung-zu-remigration/>.
- **Pickel, Gert; Schneider, Verena; Decker, Oliver (2023):** Rechtsextremismus als Endpunkt von Radikalisierung – und Vorurteile in der Bevölkerung als Brückenkonstrukte? In: Pickel, Susanne; Pickel, Gert; Decker, Oliver; Fritsche, Immo; Kiefer, Michael; Lütze, Frank M; Spielhaus, Riem; Uslucan, Haci-Halil (Hrsg.): *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 170–216.
- **Pickel, Susanne (2019):** Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In: Korte, Karl-Rudolf; Schoofs, Jan: *Die Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden: Springer VS, S. 145–175.
- **Quent, Matthias; Virchow, Fabian (2024):** Rechtsextrem, das neue Normal? Der Ernstfall für die Demokratie. München: Piper.
- **Spies, Dennis C.; Mayer, Sabrina J.; Elis, Jonas; Goerres, Achim (2023):** Why Do Immigrants Support an Anti-Immigrant Party? Russian-Germans and the Alternative for Germany. *West European Politics*, 46(2), S. 275–299.
- **Sponholz, Liriam; Meuth, Anna; Zajak, Sabrina; Weiberg Mirjam und Berger, Stephan (i.E):** Radicalizing the Mainstream in Western Europe. *The Far-Right and Narratives of Islam in Contemporary and Historical Perspective*. Palgrave Macmillan.
- **Weisskircher, Manès (2024):** Far-Right Parties and Divisions over Movement-Party Strategy: The AfD and the Anti-Corona Protests of Querdenken. In: *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics*. London: Routledge, S. 159–173.
- **Wodak, Ruth (2020):** Politik mit der Angst: Die schamlose Normalisierung rechtsextremer und rechtspopulistischer Diskurse. Wien; Hamburg: Edition Konturen.

- **Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hrsg.) (2023):** Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.

IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2024. Alle Rechte vorbehalten.

Zajak, Sabrina; Best, Fabio; Pickel, Gert; Quent, Matthias; Römer, Friederike, Steinhilper, Elias; Zick, Andreas (2024): Ablehnung, Angst und Abwanderungspläne. Die gesellschaftlichen Folgen des Aufstiegs der AfD. DeZIM Data.insights 14, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

DeZIM Data.insights geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber

 Institut
Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.
Mauerstraße 76
10117 Berlin
☎ +49 (0)30 200 754 130
✉ presse@dezim-institut.de
🌐 www.dezim-institut.de

Autor*innen

Prof. Dr. Sabrina Zajak, Fabio Best, Prof. Dr. Gert Pickel, Prof. Dr. Matthias Quent, Dr. Friederike Römer, Dr. Elias Steinhilper und Prof. Dr. Andreas Zick

Redaktion

Maren Seidler

Layout

neonfisch.de

Covergestaltung und Satz

Pavel Radchenko

ISBN

978-3-948289-86-7

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend